

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. Januar 1930
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhofs
8097-8949. Telegramm-Adresse: Nordost. Postcheck-Konto:
Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und National-
bank. Depostenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46



Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis
monatlich 4,85 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung). An-
zeigerpreis: 0,40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellen-
angebote 0,25 R.-M. die 37 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unver-
schuldeten Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 11

Rückfrage in Berlin

Erste Konferenzlage — Zusammenstoß Moldenhauer-Zardien — Kampf um die Revision Wo bleiben die deutschen Gegenforderungen?

Der große Zweifel

Dr. F. K. Den Haag, 7. 1.

Der nebenstehende Zeitungsbericht aus dem Haag zeigt eine ernste Lage an. Die deutsche Delegation macht selber kein Hehl daraus. Wir sind auch überzeugt, daß sie schon aus innerpolitischen Gründen die neuen Zumutungen der Gegenparteien als unzulässig und unannehmbar empfindet. Aber die öffentliche Meinung muß sich mit Recht fragen, was am Ende heißen wird. Sie muß der Zukunft ins Auge sehen und sich nicht täuschen lassen.

Der Young-Plan, wie die Herren Schacht und Rofft ihn in Paris untergeleitet haben, war nach ihrem eigenen Eingeständnis eine unzureichende Lösung, außerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit. Sie sind trotzdem zu der Überzeugung gelangt, ihn der deutschen Regierung zur Annahme empfehlen zu sollen, weil bei gewissenhafter Erfüllung außerordentlich weittragende wirtschaftlich-politische und Gründe weltpolitischer Natur dafür sprachen, weil die deutsche Souveränität im Rheinland von der Aufgabe der fremden Besatzung befreit, das Saargebiet dem Reich zurückgegeben werden sollte, weil — als Vorbedingung — eine umfassende Neuordnung der Reichsfinanzen und der Reichsverwaltung vorgeesehen war, die die Aussicht auf eine gezielte Aufwärtsentwicklung der Nation zu eröffnen schien.

Seit Paris sind wir Schritt für Schritt zurückgewichen. Wir haben in finanzieller Beziehung neue Forderungen an uns genommen, die auf Erpressung fast jeder einzelnen der gegnerischen Nation beruhen. Auf der ersten Haager Konferenz sind die betannten Zugeständnisse gemacht worden, die nach dem Urteil der besten Sachgenossen in die Hunderte von Millionen gehen. Mit Belgien wurde ohne Kompensation ein Finanzabkommen getroffen, mit Polen ein Verleihvertrag, von ungeheurer materieller und finanzieller Bedeutung geschlossen. Die Reichsfinanzreform ist in weitem Maße, die Verwaltungsreform bisher Literatur geblieben. Die Saarfrage ist offen.

Wir kommen zur Schlusskonferenz nach dem Haag und stellen fest: Der Ausgangspunkt der Gegner ist 1. die Weigerung, auf die Möglichkeit der Wiederbefreiung des Rheinlandes zu verzichten,

2. der Wunsch, durch die Befreiung der Zahlungsstimmungen noch einige Millionen jährl. Mehr von uns herauszubekommen, 3. das Bestreben, auch den letzten Punkten einer Reichsfinanzreform, die im Young-Plan enthalten war, auszusweichen,

4. die nach dem Young-Plan abzuschaffende internationale Kontrolle über Finanzintelligenz und Staat auf anderem Wege wieder einzuführen.

Das ist, wie gesagt, der Ausgangspunkt. Wo der Schlüsselpunkt liegt, welche tatsächlichen weiteren Forderungen noch aufzulaufen werden, wissen wir nicht.

Nichts liegt uns ferner, als in dieser Stunde irgendwelchen Personen den politischen Prozeß zu machen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die deutschen Delegierten im Haag, die ja zum Teil für das bisher Geschehene nicht unmittelbar verantwortlich sind, mit anerkennenswerter Mute kämpfen und ihr Möglichstes tun, um noch Schlimmeres zu verhindern. Aber es läßt sich nun einmal nicht leugnen, daß wir uns seit Maastricht in einer Reihe haben hinausfinden lassen, die bei den Gegnern wohl den Eindruck erweckt, daß man uns alles bieten könne.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß wir schon längst mit dem Rücken gegen die Wand kämpfen, daß wahrscheinlich die ganze Kuppelung der Tribunafrage, angefangen mit jenem unglückseligen Kommuniqué vom 16. September 1928 in Genf, zu früh erlosge, daß wir selbst den Augen in die Lage kommen können, eine Unterbrechung zu leisten, von der schon im Augenblick der Besprechung die Rede ist, eine Unterbrechung, die die Zinte unter dem Vertrag trocken läßt.

Es kommt die letzte Stunde, um zu prüfen, ob solche Verantwortung übernommen werden kann. Wir wissen, daß diese Prüfung erschwert ist, weil

Dr. F. K. Den Haag, 7. 1. (Zweiter Bericht der „DAZ“)

Die Konferenz der einladenden Mächte hat eine erste Sitzung der kritischen Fragen beendet und für morgen eine Pause eingelegt, um übermorgen, Donnerstag, die zweite Sitzung vorzunehmen. Der Grund dieser Verschiebung liegt darin, daß es unmöglich war, in den wichtigsten Punkten, die wir im letzten Morgenblatt der „DAZ“ ausführlich dargestellt haben, eine Einigung zu erzielen. Die deutsche Delegation hat sich vorbehalten, das Reichsministerium in Berlin, insbesondere hinsichtlich der uns angebotenen Befreiung der Revisions-Instanz, zu befragen.

In der Sitzung ist es zwischen Reichsfinanzminister Dr. Brüning und den deutschen Staatsbankier energisch verhandelt, und Ministerpräsident Zardien zu einem Zwischenfall gekommen. Herr Zardien beanstandete die Schritte der Polen Dr. Moldenhauer, worauf der Reichsfinanzminister Dr. Brüning eingriff und für Dr. Moldenhauer eintrat. Es ist unmöglich, uns noch weitere Dinge zumuten, die außerhalb des Rahmens des Young-Plans liegen. Gegenüber der von der ersten Haager Konferenz her übernommenen ungleichen Zentralrolle der „Ephemeride“ müßte die Grenze des deutschen Einflusses auf die letzten Verhandlungen liegen werden.

Man sieht, daß eine gewisse Spannung entstanden ist. Das ist nur noch zu natürlich. In der Zeit handelt es sich doch darum, daß uns zu all den unzulässigen Forderungen, die die Regierung seit der Pariser Konferenz bereits auf sich genommen hat, nun auch noch die praktische Freigabe der ja bereits geräuschvoll kimmernden Revisionsinstanz des Young-Plans angefordert wird. Man erinnert sich, daß Dr. Brüning selber die Möglichkeit im Pariser Sonderverhandlungsabkommen niederte, hauptsächlich weil ihm die schließlich in den Young-Plan aufgenommenen Revisionsbestimmungen unangenehm zu sein schienen. Und jetzt soll auch dieses völlig unzureichende Stompromiß noch verschlechtert bzw. ganz beseitigt werden.

Die deutsche Delegation erklärt mit aller Energie, daß sie hier nicht nachgeben wird, und wird für die Donnerstagssitzung im Einvernehmen mit dem Reichsministerium ihre Stellungnahme nochmals präzisieren.

Zu diesem Fragenkreis gehört, um zu wiederholen, das Problem der Befreiung des Sonderauslaufes bei der Internationalen Bank, die Form seines Zusammenbaus, das Verfahren bei einem eventuellen Rückgang des Transfers, ja der Wunsch, diesen Sonderauslauf über einem anderen Organ über die rein finanzielle Kompetenz als Einzahlungsstelle für die Tribute hinaus kontrollierende, überwachende und ausübende Rechte zuzuerkennen, die nicht viel anders bedeuten als ein Weiterbefahren der heutigen internationalen Kontrolle über Zuteilung und Abzug. Anders ausgedrückt: Die Gegner wollen die Motive, die im Sinne des Young-Plans die deutsche Re-

gierung berechtigen, einen Transaktionsausgleich zu erklären, zur juristischen Voraussetzung dieser Erklärung machen. Sein Wort davon steht im Young-Plan. Das heißt es ausdrücklich nur, daß die deutsche Regierung eine ernsthafte Befreiung der Währung und des Wirtschaftlebens Deutschlands im guten Glauben für gegeben halten muß; nicht mehr, und nicht weniger.

Aber erwidert man natürlich auch die Frage, was bei etwaiger Wiederabnahme der Zahlungen nach Ablauf eines Moratoriums zu geschehen hat. Soll in vollem Umfang nachgezahlt werden und in welcher Weise? Die Gläubiger wünschen die Nachzahlungen auf einen Zeitraum von etwa zwei Jahren in Monatsraten zu verteilen, so daß also in dieser Zeit der auffnehmbare Teil der Annuität verdoppelt würde. Es liegt auf der Hand, daß jede deutsche Regierung den Transaktionsausgleich nur im allerhöchsten Notfall erklären wird, weil ja eine solche Erklärung sehr nahe an einen Staatsbankrott streifen würde. Nach Ablauf des Moratoriums dann für zwei Jahre die doppelte Zahlung von uns zu fordern, ist reine Willkür.

Abgelehnt wurde weiterhin die Forderung der früheren Entente, die heutigen negativen Forderungen die Entente nachzugeben. Aber man trat dann mit dem Vorschlag ein, daß die Zahlungen, die die Reichsbank zu bewerkstelligen hat, in irgendeiner Form befreit werden sollen. Auch das wurde von der deutschen Delegation abgelehnt und auch einer Überweisung an den Juristenratungsbüro übergeben. Die Gegner haben für den Fall der Befreiung der Zölle und Steuern die Möglichkeit der Veräußerung der Reichsbank in Betracht gezogen. Der dritte höchst unzulässige Fragenkomplex betrifft die Möglichkeit des Geldverkehrs für die Reichsbank hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit. England und Frankreich verlangen nähere Interpretationen einiger einschlägiger Paragraphen. Die hier angebotenen Möglichkeiten des Organisationskomitees für die Reichsbank wurden gegeben, die Sachlage zu prüfen und bis Donnerstag zu berichten.

Eine Anzahl weiterer Punkte wurde erledigt. So die Annullierung des amerikanischen Sonderabkommens an den Young-Plan, die die Juristen im Schlussprotokoll einbringen werden, weiterhin eine Differenz über die Dauer des Betriebsrechts der Reichsbank. Die Frage der mit Italien, Australien und Neuseeland zu schließenden Sonderverträge sowie die Angelegenheit der Einlage der Reichsregierung bei der Internationalen Bank wurden verhandelt.

Das ganze Schwerkraft der Konferenz, und auch des deutschen Interesses liegt auf den grundsätzlichen Hauptpunkten, die wir in den vorhergehenden Berichten schon erwähnt haben. Die deutsche Delegation ist vollkommen ernstlich bereit, wenn sie angeht, sie werde jede weitere Verschlechterung des Young-Plans ablehnen. Aber die einzige Möglichkeit, die in der Zwischenzeit begangenen schweren politischen Fehler wieder gutzumachen, liegt unsere Ansicht nach darin, daß sie sofort mit entsprechenden deutschen Gegenforderungen hervortritt.

Bulgarien fordert weitere Herabsetzung der Tribute

Bridabesprechungen der ungarischen Delegation

Dr. F. K. Den Haag, 7. 1. (Zweiter Bericht der „DAZ“)

Der von den Sondermitgliedern des Ausschusses für die Tribute abgegebene Bericht wurde heute in den Verhandlungen der ungarischen Delegation überreicht. Die beiden Delegierten Baroffi und Roloff nahmen dazu in längeren Bemerkungen Stellung und forderten die Herabsetzung der Tribute um elf auf zehn Millionen Goldfranken. Das soll den Vorarbeiten des Ausschusses Herrn Zardien, angeblich hätte verhandelt haben, was aber nicht hinreichend war, daß man morgen vormittag mit Bulgarien weiter verhandelt.

Die ungarische Delegation hat bereits eine große Anzahl weiterer Besprechungen mit Vertretern der verschiedenen Staaten geführt. Die offizielle Verhandlung der ungarischen Frage ist kaum vor Donnerstag zu erwarten. Die Ungarn lehnen ohne alle Umschweife Konzeptionen ab, die ihnen aufgebau-

Demagogie auf allen Seiten den Sauerbrot trübt, und das Urteil verfallt hat. Man hätte sich vielmehr in der großen Mehrheit des deutschen Volkes wiederfinden damit abgeben, daß der Young-Plan angenommen werden müsse. Nach unserem persönlichen Eindruck im Haag kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieser duldende und positive Standpunkt ernster Nachprüfung bedarf. Es ist möglich

Stelle schmälern könnten. Man kann annehmen, daß dies ihr letztes Wort ist.

Barter Gilbert im Haag

Dr. F. K. Den Haag, 7. 1. (Zweiter Bericht der „DAZ“)

Der Generalagent für die Tribunafragen, Herr Barter Gilbert, ist im Haag eingetroffen und hat an der heutigen Sitzung der einladenden Mächte als Zuhörer teilgenommen. Für morgen früh wird, wie angekündigt, das Eintreffen des Geheimrats Rofft und des neuen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Dr. Schaeffer, erwartet.

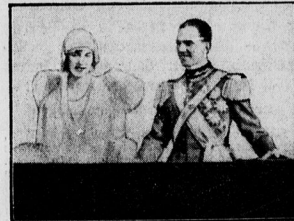
Der Besprechungen hat nach weitläufiger allgemeiner Austauschfrage über die Tribunafrage, den vom Internationalen Arbeitsrat vorgeschlagenen Vertragsentwurf als Grundlage ihrer weiteren Beratungen anzunehmen.

und vielmehr wünschenswert, ein negatives Ergebnis dieser Prüfung zu erwarten.

Nicht mehr die Einzelheiten der Tribunafrage stehen für Deutschland zur Diskussion. Im vollen Bewußtsein in der Verantwortung ist es unsere Pflicht, zu sagen:

Der Young-Plan als solcher ist gefährdet.

Rom in Selbststimmung



Der Kronprinz von Italien und seine Frau zeigen sich dem Volke

Unsere Meinung

Erneut ist durch wiederliche Kränkungen die Berliner Sadowgroßhandelsvereinbarung als nicht durchführbar gemeldet worden. Die Kommunisten jetzten wieder einmalt, daß es ihnen nicht auf eine solche Tätigkeit im Parlament ankommt, sondern daß sie lediglich ihre Agitation treiben wollen. Mit Mühe und Not gelang es, und zwar in der Hauptsache dank der unerschütterlichen Mute und Lieberlichkeit des stellvertretenden Sadowgroßhandels-Vorsehers Dr. Canpari, die Wahl des Vorstandes durchzuführen. Es darf aber es mit der höchsten Arbeit vorbei. An ihre Stelle treten würde Schimpf und Verhöhnung den Nationen auf der linken und rechten Seite zwischen den feindlichen Vätern im maritimen Lager. Der eben wiedererwählte Vorsteher hat heute beinahe eine wenig glückliche Hand. Wir haben wiederholt betont, daß man die bauenden und planmäßigen Aufsteiger im roten Hause nur mit rücksichtsloser Einseitigkeit auf Mittel zur Aktion bringen kann, daß jede Rücksichtlosigkeit nicht nur die Nation, sondern als Zeichen der Schwäche aufgeführt wird und zu neuen Verfalls führt. So war es diesmal. Es mußte dem Rathsausschreibern, dem Sadowgroßhandels-Vorsteher, dem dem Vorsteher gar nichts, daß sie den politischen Schwanz bis auf eine geringe Sache abtauchen. Die Kommunisten bestritten einfach die Wahrheit des vom Vorsteher Gesagten, ziehen brüllend den Magistratsbegehrten der Länge und verhärteten den Muthu zu, daß nun dem Vorsteher aufschneiden kann etwas anderes überleben, als Schuld zu machen. Wir sagten es schon: So kann man keine Ordnung schaffen, so kann man nicht dafür sorgen, daß endlich im Rathsausschreibern die Welt zum Ende der Furchen der Reichsfinanzreform nicht wieder herfallen. Die Berliner Bürgerstadt hat ein Recht darauf, daß endlich diesem widerlichen Treiben ein Ende gemacht wird. Das wird man nur erreichen können, wenn man energisch durchgreift. Sonst wird nichts anderes zu erwarten sein, als dieses Parlament, an dessen Arbeitsfähigkeit wir von vornherein zweifeln können, zum Zerfall zu lauen.

Rundgebung Hobbers zur Flottenkonferenz

Washington, 7. 1. Präsident Hoover gab heute der amerikanischen Delegation zur Londoner Seemächtekonferenz ein Abschiedsfrühstück. Im Anschluß daran wurde eine Rundgebung des Reichstages veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Die auf der Seemächtekonferenz zur Beratung stehenden Probleme enthalten so viel technische Spezialfragen, daß mit einem schnellen Abschluß der Arbeiten nicht gerechnet werden kann. Es wäre an sich schon ein großer Erfolg, wenn man in drei oder vier Monaten fertig werden könnte. Es handelt sich hier um die wichtigste internationale Konferenz seit Jahren, und wahrscheinlich für absehbare Zeit in der Zukunft. Die Verantwortung für die Fortentwicklung des Seemächtegedankens ruht zu einem erheblichen Teil auf den Schultern der fünf in London zusammen tretenden Nationen.

London, 7. 1. Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung der Seemächtekonferenz haben die Stützen in England, Wales und den Vereinigten Staaten Sonntag, den 19. Januar, als Tag bestimmt, an dem Gebete und Gebete für den Erfolg der Konferenz abgehalten werden sollen.

Gesamtfindung im Sadowgroßhandel

Leipzig, 7. 1. Der Zentralverband Deutscher Großhändler der Sadowgroßhandels- und Leipzig, hat beauftragt durch die Neuregierung der Sadowgroßhandels, eingehende Untersuchungen über die finanzielle Wirtschaftslage der Branche anzustellen. Diese Untersuchungen hätten, wie mitgeteilt wird, ergeben, daß eine Erklärung der Betriebe in Zukunft nicht mehr möglich sei. Im heutigen Tage haben sämtliche dem Zentralverband angeschlossene Firmen, da bisher alle Angaben an die Reichsregierung erfolgreich geblieben sind, ihren Arbeitsnachweise die Kündigung zugesagt. Von dieser werden in ganz Deutschland 1600 Firmen mit 100.000 Arbeitnehmern betroffen werden. Es liegt zu erwarten, daß sich das Reichsarbeitsministerium bald mit dieser Frage auseinandersetzen werde.